Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

23.7.1864 (No. 172)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 23. Juli.

Nr. 172.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Telegramme.

† **Dresden**, 22. Juli. Dem „Dresden. Journ." meldet man telegraphisch aus Hamburg: Der Prinz Friedrich Karl hat dem General v. Hake angezeigt, er habe Befehl, sich zum Herrn von Rendsburg zu machen. Hake erwiederte: da er nur über vier Kompagnien verfüge, müsse er der Uebermacht weichen, weise aber alle Verantwortung von sich.

† **Altona**, Donnerstag 21. Juli. Die „Schleswig-Holstein Ztg." meldet: Heute sind 6000 Preußen in Rendsburg eingerückt.

† **Rendsburg**, Donnerstag 21. Juli. Heute Mittag verließen die Bundestruppen die Stadt vor dem Einmarsch der Preußen.

Deutschland.

× **Frankfurt**, 21. Juli. Der österreichisch-preußische Antrag, den Herzog von Augustenburg aufzufordern, der Bundesversammlung begründete Nachweisungen über seine Erbansprüche vorzulegen, ist in der heutigen Bundestags-Sitzung mit großer Majorität zum Beschluß erhoben worden. Außerdem kamen Berichte des Generalleutnants v. Hake zur Vorlage, welche u. A. die Rendsburger Fahnenangelegenheit und die Exzesse hannover'scher Truppen in Rendsburg am 18. und 19. d. zum Gegenstand haben. Neu in diesen Berichten ist, daß sich General v. Hake veranlaßt gesehen hat, den Kommandanten von Rendsburg seines Postens zu entheben. Die hohe Versammlung trat dem Vernehmen nach sofort in Diskussion über diese Gegenstände, über deren Verlauf jedoch zur Stunde nichts Näheres verlautet. Schließlich fanden Ergänzungswahlen für mehrere Ausschüsse statt.

Frankfurt, im Juli. Man schreibt der „D. Nordsee-Ztg.": „Von dänischer Seite ist geltend gemacht, daß der Prinz Friedrich Wilhelm von Hessen auf den dänischen Thron in Folge seiner Verzichtleistung erst dann Ansprüche machen könne, wenn die Descendenz König Christian's IX. erloschen sei; von anderer Seite ist man der Ansicht, daß diesem Prinzen überall kein Recht auf die dänische Thronfolge mehr zustehe. Es wird nicht ohne Interesse sein, dagegen die Erklärung des Prinzen selbst kennen zu lernen, welche wir nachstehend im Wortlaut mittheilen können:

Ew. Excellenz haben gegen Mitte Februar, von Frankfurt datirt, die Mittheilung erhalten, welche Sir Alexander Malet Ihnen in meinem Namen zu übermitteln die Güte gehabt hat. Da die Londoner Konferenzen gegen Ende April angefangen haben und sich bis zum heutigen Tage verlängern, so erlaube ich mir, Ew. Excellenz von neuem meine Anschauungen mitzutheilen. Als ich am 18. Juni 1851 auf diejenigen Rechte verzichtete, welche mir auf die Krone von Dänemark, auf das Herzogthum Lauenburg, auf die Grafschaft Plön, auf das Amt Bramstedt und auf die Grafschaft Rantzau zustanden, habe ich dies nur gethan, um zur Aufrechthaltung der Integrität der dänischen Monarchie beizutragen; dies war ohne Zweifel die Bedingung, unter welcher allein ich in ein solches Opfer willigen könnte. Es ist indeß klar, daß meine Bedingung nicht erfüllt ist: der Vertrag von London ist von seiner Ausführung weit entfernt. Christian IX., obgleich nach dem Vertrag von London vom Jahr 1852 König von Dänemark, ist trotz dieses Vertrags doch nicht in legitimer Weise als Herzog von Schleswig und von Holstein anerkannt. Hieraus folgt, daß in dem Fall und in dem Augenblick, wo die in der Konferenz vereinigten Mächte aufhören würden, den Londoner Vertrag vom Mai 1852 in seiner vollen Ausdehnung als Rechtsgrundlage anzuerkennen, die Bedingungen meiner Renunziationsakte nicht erfüllt wären, und daß alle meine Rechte sogleich wieder in volle Kraft treten würden. Dann würde ich Ew. Excellenz, als Präsident, bitten, meine Erklärung den vereinigten Mitgliedern der Konferenz vorzulegen, denn dann würde ich mich gezwungen sehen, feierlich vor Europa zu protestiren und seine Unterstützung anzurufen, um in meine Rechte wieder einzutreten. — Baden-Baden, 18. Juni 1864. (gez.) Friedrich Wilhelm, Prinz von Hessen.

Das Schreiben war an Lord John Russell adressirt und wurde von ihm in der vorletzten Sitzung der Londoner Konferenz vorgelesen, ohne jedoch in das Protokoll aufgenommen zu werden."

Stuttgart, 21. Juli. (Sch. M.) Beim Beginn der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer erklärte sich der Minister v. Hügel bereit zu Beantwortung der Interpellation Hölder's, betreffend die schleswig-holsteinische Angelegenheit. Hölder schickt seiner Anfrage einige Worte voraus. Durch den Gang der Ereignisse seien die deutschen Großmächte mehr und mehr zu der Ansicht der deutschen Nation hingeneigt worden; nunmehr stehe man vor einem Waffenstillstand; wenn nun die deutschen Großmächte die Sache in die Hand genommen haben, so habe man doch nirgends eine Garantie für die Wahrung des Rechts Deutschlands und der Herzogthümer. Im Hinblick hierauf sei seine Anfrage an den Minister gerichtet. Der Minister v. Hügel antwortet: Die erste Frage ist, welche Hindernisse der Berathung des v. d. Pfordten'schen Berichts über die Erbberechtigung des Herzogs von Augustenburg entgegenstehen. Die Regierung habe bereits erklärt, daß sie diese Erbansprüche als berechtigt erkläre; bei jedem Anlaß habe sie auf möglichst rasche Abstimmung des Bundes darüber gedrungen; nachdem aber die Verhältnisse gegen Anfang sich geändert haben, so sei eine Beschleunigung dieser Abstimmung nicht als geboten erschienen. Es sei das Angemessenste gewesen, daß der Bund zunächst die Ergebnisse der Londoner Konferenz abgewartet habe. Diese Konferenz habe auch für die Rechte Deutschlands günstige Resultate gehabt. Es sei nunmehr ein unabänderliches Gebot der Gerechtigkeit, daß der Bund auch dem Großherzog von Oldenburg die nähere Begründung seiner erhobenen Ansprüche möglich mache, obgleich die württembergische Regierung davon ausgehe, daß die Ansprüche des Herzogs von Augustenburg rechtlich begründet seien. Ferner gibt der Minister die Versicherung, daß nach glaubwürdiger Versicherung jeder Friedensvorschlag von Dänemark, welcher nicht eine Trennung der Herzogthümer von Dänemark zur Grundlage habe, keine Aussicht auf Annahme von Seiten der deutschen Großmächte haben werde, und daß insbesondere auch die kais. österr. Regierung eine rasche und definitive Lösung der Erbfolge-Frage wünsche. Hölder drückt seine Befriedigung über die erhaltene Antwort aus, mit dem Beifügen des Wunsches, daß unsere Regierung stets einer Verschleppung der Erbfolge-Frage entgegenwirken möge, und daß sie insbesondere auch darauf wirken möge, daß den Ständen der deutschen Herzogthümer selbst die Möglichkeit eröffnet werde, sich auszusprechen. (Der Minister v. Hügel entfernt sich.) Man geht nun zur Tagesordnung: Berathung der Adresse an Se. Maj. den König auf die Thronrede.

Hannover, 20. Juli. (Fr. J.) In der Zweiten Kammer beklagte heute Dr. Ellissen, daß der Petitionsausschuß, vielleicht auf höhern Wunsch, es verabsäumt habe, über die Verfassungspetitionen Bericht zu erstatten. v. Bennigsen fügte hinzu, daß die linke Seite des Hauses mit Rücksicht auf die fraglichen Petitionen, über welche eine Berichterstattung erwartet worden, selbständige Anträge in der Verfassungsfrage nicht eingebracht, aber beabsichtigt hätte, zu dem voraussichtlich nicht genügenden Antrag des Petitionsausschusses einen Verbesserungsantrag einzubringen, der, wie Vorbesprechungen bereits ergeben, eine Majorität, wenn auch keine sehr große, erlangt haben würde. Die Form des Antrags würde eine sehr gemäßigte gewesen sein; man hätte sich darauf beschränkt, eine Aenderung in der Zusammensetzung der Ersten Kammer und Revision des königl. Dienergesetzes zu verlangen. Er beklage, daß, während man nur so gemäßigte Forderungen aufgestellt, die Petitionen gar nicht zur Diskussion gelangt seien; er bedaure, daß die Regierung ihren Einfluß geltend gemacht, um diese Diskussion zu verhindern, wenn auch nicht auf Mitglieder dieses Hauses, so doch auf Mitglieder der Ersten Kammer; daß sie die Existenz des Ministeriums durch Annahme von Anträgen auf Verfassungsänderung als bedroht geschildert, während doch jeder Einsichtige wisse, daß nicht solche Anträge das Ministerium gefährdeten. Er glaube, man leiste dem Adel und dem König einen schlechten Dienst, wenn man die Lösung der Verfassungsfrage so lange hinausschiebe, denn gelöst müsse diese Frage werden; je länger man aber diese Lösung hinausschiebe, desto schwieriger werde sie. Nur das Ministerium, welches diese Angelegenheit endlich ordne, würde in Wahrheit den Dank des Königs und des Landes verdienen. Die wegen Einführung des Turnens in den Schulunterricht eingelaufenen Petitionen beschloß das Haus der Regierung zur Berücksichtigung zu übersenden und dabei zugleich den Wunsch auszudrücken, daß für die körperliche Ausbildung auf den Schulen mehr gethan werde und die Regierung Ständen darüber eine Vorlage machen möge.

Flensburg, 18. Juli. Ueber die der Besetzung von Föhr vorangehenden Vorfälle berichtet ein Augenzeuge der hiesigen „Nordd. Ztg." aus Dagebüll:

Am 12. d. M., des Morgens in aller Frühe, bewegten sich von Südwesthörn in der Wiedingharde reichlich 20 Binnendeichsboote mit Truppen des 9. österreichischen Jägerbataillons seewärts. Anfangs glaubte man, daß von dort aus die Landung auf Föhr bewerkstelligt werden sollte; jedoch erkannte man recht bald die genauere Richtung, indem die kleine Flottille nach Dagebüll zu steuerte. Zwei dänische Kanonenboote setzten sich alsbald in Bewegung, um den Booten den Garaus zu machen; dieselben konnten jedoch nicht so nahe kommen, daß sie durch die auf die Boote abgefeuerten Schüsse denselben Schaden zufügen konnten. Die Boote mit Truppen des obgedachten Bataillons landeten glücklich bei Dagebüll, und die zwei Kanonenboote gingen auf ihren Posten zurück. Die Ebbe trat ein und Alles blieb ruhig. Abends zwischen 7 und 8 Uhr gingen die beiden Kanonenboote wieder unter Segel und steuerten gerade auf Dagebüll los, und als Hochwasser eingetreten, waren sie in nächster Nähe der nördlichen beiden Steinlahnungen angekommen. Es war auf den Ruin der am nördlichen Seedeiche ankernden Boote abgesehen. Ein Kanonenboot gab zuerst einen Schuß ab, ruderte aber gleich wieder nach auswärts. Als der Schuß aber nicht erwiedert wurde, kamen sie beide näher und feuerten Schuß auf Schuß. In der Richtung nach Südwest von Dagebüll, in der Nähe der beiden südlichen Steinlahnungen, faßten ein Dampfer und 2 Kanonenboote Posto, die aus aller Macht das am Süderdeich vor Anker liegende, zum Truppentransport nach Föhr bestimmte Schiff beschossen. Dasselbe wurde von einer Kugel getroffen, jedoch konnte der Schaden schon am folgenden Tage ausgebessert werden. Die Alarmstange wurde gleich in Brand gesteckt und Ordonnanzen abgeschickt, um die weiter nordwärts einquartirte Artillerie herbeizuholen. Die Kanonenboote fuhren fort zu feuern, beschädigten acht Boote am Norddeich, warfen mehrere Bomben in den Dagebüller Koog, und streiften oder durchschossen die auf Koogswarf liegenden Häuser. Einige Thiere wurden auf der Weide getödtet. Zwei der dem 9. Jägerbataillon zugetheilten Geschütze kamen schnell heran und feuerten auf die im Norden liegenden Kanonenboote, die, ohne weitere Schüsse abzugeben, die Flucht ergriffen. Später wurde die Beschießung von einem Geschütz fortgesetzt und das andere faßte Posto neben Koogswarf, um die beiden Kanonenboote an der südlichen Steinlahnung zu beschießen. Auch diese nahmen gleich Reißaus, sollen aber, wie man durch Fernröhre beobachtet haben will, zwei Treffer bekommen haben. Ebenfalls will man bemerkt haben, daß der Dampfer das eine Boot ins Schlepptau genommen. Unsern braven Jägern, den tapfern Kämpfern von Oeversee, war es nicht vergönnt, am Kampfe Theil zu nehmen, denn die Kanonenboote hielten sich in respektvoller Entfernung.

Flensburg, 19. Juli. (Hamb. Nchr.) Man ist von der Praxis, Geißeln zu nehmen, wenn die Kontribution nicht aufzutreiben war, zurückgekommen, und hält sich jetzt einfach an das Eigenthum. So kamen gestern 91 Wagen, beladen mit allerhand Manufakturwaaren, als Seidenzeuge, Teppiche, schön gestickte Tücher ꝛc., hier an, um in den nächsten Tagen, nachdem die öffentlichen Bekanntmachungen ergangen sind, hier meistbietend verkauft zu werden. Die Bedeckung der Wagen bildeten Mannschaften des 60. Infanterieregiments. Andere Wagen, einige 80, werden heute erwartet; alle Wagen sind ebenfalls jütische Kriegsbeute. Der Werth der gesammten Pfändung ist auf 100,000 Thlr. preuß. Kur. taxirt worden. — Heute mit dem Frühzug gingen 3 auf Alsen gefangene schwedische Offiziere, begleitet vom Oberleutnant Lutterbeck, Landwehroffizier und zum 13. Infanterieregiment eingezogen, von hier direkt nach Graudenz ab, um auf der Zitadelle dieser Festung über des Lebens Wandlungen nachzudenken.

Düppel, 17. Juli. (N. Pr. Ztg.) Heute früh fand auf der ehemaligen Schanze Nr. 4 die feierliche Verleihung von Auszeichnungen an Feldwebel, Unteroffiziere und Gemeine mehrerer Regimenter statt, die bei dem Sturm am 18. April betheiligt gewesen. Prinz Friedrich Karl war aus dem Hauptquartier dazu anwesend und vertheilte die Ehrenzeichen mit kräftigen Worten.

Randers (Jütland), 17. Juli. (N. Pr. Ztg.) So eben ist der kommandirende General v. Falckenstein von Skagen hier eingetroffen und gedenkt die Zeit der Waffenruhe auf einem Landsitz in der Nähe von Aarhuus zuzubringen. Der Zivilkommissär von Jütland, Prinz zu Hohenlohe, hat hier seit einigen Tagen mit der ihm eigenthümlichen Energie und Umsicht seine Thätigkeit begonnen; die Erfolge derselben werden wohl bald sichtbar werden. Die dänischen Beamten, welche nunmehr mit Bestimmtheit auf Frieden rechnen, kommen ihm mit Bereitwilligkeit entgegen. Am schwierigsten dürfte die Feststellung der Steuern und Abgaben sein, da die Hauptkataster nach Kopenhagen geschafft sein sollen. Als Registrator fungirt bei Sr. Durchlaucht provisorisch der Oberleutnant a. D. Lütje, ein Holsteiner. — Unsere Lazarethe haben sich um zwei vermehrt, so daß deren nun vier etablirt sind, in welchen sich etwa 400 Kranke befinden, welche von 7 barmherzigen Schwestern gepflegt werden. Der Typhus ist glücklicher Weise verschwunden. Mit Ausnahme der dänischen Verwundeten sind nur wenig Schwerkranke zu nennen, die meisten leiden an den Augen, an den Füßen und an Uebermüdung. Die Einrichtung der Lazarethe läßt nichts zu wünschen übrig und es fehlt den Kranken an nichts. — Die heute eingegangene Nachricht von der Waffenruhe berührt uns diesmal weniger unangenehm, weil wir überzeugt sind, daß ein ehrenvoller Friede daraus hervorgehen werde.

Berlin, 20. Juli. Die „Provinzial-Korresp." sagt in ihrem bereits telegraphisch angedeuteten Artikel über die deutsch-dänische Angelegenheit u. A.:

Wenn Preußen und Oesterreich jetzt mitten im Siegeslauf die Hand zum Frieden bieten, so kann es nur geschehen, indem sie diejenige Forderung unverkürzt aufrecht erhalten, welche sie in der Hauptsache schon in London gestellt hatten und ohne deren Bewilligung eine wirkliche, volle und dauernde Lösung der schwebenden Frage nicht möglich ist. Ganz Schleswig-Holstein und mit ihnen das deutsche Lauenburg müssen endlich und ein- für allemal der dänischen Herrschaft entzogen werden; nur so können Friede und Freundschaft mit Dänemark wieder hergestellt werden und Dauer haben.

Man darf zuversichtlich annehmen, daß Preußen schon, indem es sich zur vorläufigen Waffenruhe bereit erklärte, diese Forderung als die einzig mögliche Grundlage für Friedensverhandlungen bezeichnet haben wird, und daß die Waffenruhe am 31. d. M. nicht um einen Tag verlängert werden dürfte, wenn diese Grundlage des Friedens bis dahin nicht Seitens Dänemarks angenommen ist. An dem vollen Einverständniß Oesterreichs mit Preußen auch in dieser Beziehung ist nicht im geringsten zu zweifeln.

Was die weitern Bedingungen des Friedensschlusses betrifft, so werden die Verhandlungen und der Abschluß nur zwischen den deutschen Großmächten und Dänemark stattfinden. Preußen und Oesterreich, welche allein die deutsche Sache gegen Dänemark geführt haben, werden sie auch Dänemark gegenüber allein zum Austrag bringen. Zu Händen Preußens und Oesterreichs müssen die Herzogthümer von Däne-

mark abgetreten werden, vorbehaltlich der weitern Erledigung den Erbberechtigten und dem Deutschen Bund gegenüber. Keiner der Erbberechtigten steht Dänemark als Kriegführender und als Sieger gegenüber; keiner hat überdies unzweifelhafte Ansprüche, zumal auf die Gesammtheit der Herzogthümer. Eben so wenig hat der Deutsche Bund etwa als kriegführende Macht Dänemark gegenüber einen Anspruch auf Ueberlassung der Herzogthümer errungen. Auch eine Entscheidung über die Erbfolge in ganz Schleswig-Holstein steht dem Bund nicht zu; seine Berechtigung erstreckt sich einzig und allein auf die Anerkennung des künftigen Herrschers von Holstein, nicht zugleich auf Schleswig, da dies bisher nicht deutsches Bundesland war.

Der Bund hat jetzt den Herzog von Augustenburg ebenso wie den Großherzog von Oldenburg aufgefordert, ihre Erbansprüche näher zu begründen. Das Urtheil des Bundes über die Erbberechtigung in Holstein wird gewiß bei der schließlichen Gesammtentscheidung bedeutend in's Gewicht fallen, aber dasselbe kann nicht allein entscheidend sein.

Preußen und Oesterreich, deren Obhut die befreiten Herzogthümer zunächst zu überlassen sind, werden alsdann die weitere rechtliche und politische Entscheidung über dieselben im Einvernehmen mit dem Deutschen Bund in die Wege zu leiten haben.

Berlin, 20. Juli. Die „Nordd. Allg. Ztg." sagt heute:

Die Abreise des Hrn. v. Bismarck nach Wien, um dort persönlich die preußische Politik bei den Friedensunterhandlungen zu vertreten, ist uns ebensowohl dafür ein Pfand, das eine Verschleppung dieser Angelegenheit nicht zu befürchten ist, als auch dafür, daß die Interessen Preußens und Deutschlands energisch gewahrt werden.

Die „Kreuzzeitung" macht zu der Nachricht von Exzessen hannover'scher Truppen in Rendsburg sofort politisches Kapital, indem sie sagt:

Zwistigkeiten zwischen Truppen verschiedener Kriegsherren kommen wohl vor; aber eine Bedrohung der Lazarethe unserer verwundeten Krieger ist unerhört. Dieser bedenkliche Vorgang wird hoffentlich Veranlassung zur Prüfung geben, mit welchem Recht die sächsisch-hannoverschen Exekutionstruppen noch Holstein besetzt halten, nachdem von einer Exekution des Bundes gegen Dänemark längst nicht mehr die Rede sein kann. Soll etwa die Exekution gegen die Verbündeten fortgesetzt werden?

Der Kaiser von Rußland ist gestern Abend von Schloß Babelsberg nach Petersburg abgereist. — Der Generalarzt, Geh. Medizinalrath Professor Dr. Langenbeck, ist wegen seiner Verdienste auf dem Kriegsschauplatz in den Adelstand erhoben worden. — Der „Pr. Staatsanz." berichtigt: Die „Voss. Ztg." vom 12. d. M. meldet aus Flensburg, 10. Juli, daß zwei Offiziere der „konföderirten Armee" mit Genehmigung des Königs im Hauptquartier der Verbündeten zu Apenrade verweilen. Diese Nachricht ist durchaus unbegründet. Offiziere der genannten Armee sind dort überhaupt nicht angekommen. Aber auch ein Gesuch derselben um Ertheilung der Erlaubniß zum Aufenthalt im Hauptquartier der Verbündeten würde die Genehmigung des Königs nicht erhalten haben, da die konföderirten Regierungen der nordamerikanischen Union von Preußen nicht als selbständiger Staat anerkannt worden sind. — Der „Presse" wird aus Berlin, 19. Juli, telegraphirt: „Trotz aller Dementis ist Prinz Johann von Glücksburg am 15. d. Nachmittags von dem preußischen Ministerpräsidenten, später vom König in Karlsbad empfangen worden, und hat eine neuere Friedensbasis vorgelegt, worauf die Waffenruhe zugestanden wurde." (Man vergl. dagegen Kopenhagen.) — Eine Korrespondenz der „Nordd. Allg. Ztg." aus Kopenhagen sagt, daß nur noch ein Staatsstreich möglich sei, weil der Reichsrath unter keinen Umständen in die Abtretung der Herzogthümer willigen würde.

* **Berlin,** 21. Juli. Die „Zeidler. Korr." schreibt:

Der Ministerpräsident v. Bismarck ist in Wien eingetroffen, um bei der neuen Phase, in welche der Konflikt mit Dänemark eingetreten, die Leitung der diplomatischen Negoziationen persönlich zu übernehmen. Trotz mancher verfänglichen Aeußerungen, die aus dem kleinstaatlichen Lager erschallen, können wir versichern, daß die Uebereinstimmung in den Ansichten Preußens und Oesterreichs in Betreff der Behandlung der dänischen Frage eine unbedingte und vollständige ist. . . . Graf Rechberg ist mit den vorläufigen Bedingungen, die an das Kopenhagener Kabinet gestellt sind, einverstanden, und wenn Hr. v. Bismarck von Sr. Maj. dem König den Auftrag erhalten hat, die Verhandlungen persönlich zu leiten, so darf man hierin die Gewähr erblicken, daß auf jenen Präliminarbedingungen mit unverrückbarer Festigkeit beharrt werden wird.

Der Prinz Johann von Glücksburg ist jetzt bekanntlich nach Kopenhagen zurückgekehrt. Nachträglich verlautet, daß derselbe sich vorzugsweise in Brüssel aufgehalten hat, vermuthlich, um den Rath und die etwaige Vermittlung des Königs Leopold in Anspruch zu nehmen. „Der Einfluß solchen Raths — meint die „Kreuzztg." — mag bei der jetzigen Bereitwilligkeit Dänemarks zu einer Friedenspolitik nicht ganz unbedeutend gewesen sein." — Bekanntlich hatte das Kopenhagener Kabinet kurz vor dem Abschluß der Waffenruhe auf vertrauliche Weise in Karlsbad und in Wien anzeigen lassen, daß es in Unterhandlungen einzutreten wünsche. Der „Zeidl. Korr." zufolge ist der dänischen Regierung ebenfalls vertraulich, aber mit einer Festigkeit, welche kein Mißverständniß zuläßt, angedeutet worden, daß die Einwilligung in die Lostrennung der Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg die conditio sine qua non der Unterhandlungen sei.

Die Regierung hat die Veröffentlichung einer Denkschrift verfügt, die Graf Bernstorff unter dem 30. Juni an den Grafen Russell richtete. Sie wendet sich gegen das Resumé der Konferenzverhandlungen, mit welchem der brittische Minister die Sitzungen der Konferenz abschloß. In einer die Denkschrift begleitenden Note spricht Graf Bernstorff den Wunsch aus, daß sein Aktenstück den Protokollen der Konferenz beigefügt werden möge. Lord Russell soll jedoch das Begehren unter dem Vorwand abgelehnt haben, daß dann die Kommentare eines jeden andern Bevollmächtigten ein gleiches Recht beanspruchen könnten und die Protokolle daher durch Repliken und Dupliken anschwellen würden.

Berlin, 21. Juli. Die gestern bereits telegraphisch angedeutete Mittheilung über das Ende des Dänenthums auf den friesischen Inseln lautet nach der „Nordd. Allg. Ztg." vollständig: „Kapitän Hammer hatte nach der Besetzung von Föhr durch die Alliirten die hohe See mit seiner Flottille nicht erreichen können. Das Kanonenboot „Blitz" und die Boote vom „Seehund" suchten ihn am 19. dort wieder auf. Den 19. Mittags lehnte Hammer noch die Aufforderung zur Kapitulation ab, ergab sich aber Abends dem „Blitz" in der „Fahrtrapptiefe" zwischen Sylt und Amrum. Im Ganzen sind 8 Offiziere, 244 Mann, 2 Dampfer, 2 Küstenfahrer, 10 Zollkutter, 5 Transportschiffe in unsern Händen. An der Nordküste von Föhr sind 7 Kanonenjollen versenkt worden, die Geschütze sind vernagelt, Waffen und Munition zerstört."

Kosel, 16. Juli. Nach einem gestern eingetroffenen Telegramm sollen am 18. d. 750 von den dänischen Kriegsgefangenen zur weitern Internirung auf böhmische und steier'sche Festungen nach Oesterreich abgehen. (500 Kriegsgefangene aus Schweidnitz sind am 18. durch Breslau passirt, um gleichfalls nach Oesterreich gebracht zu werden.)

Karlsbad, 20. Juli. Zu Ehren Sr. Maj. des Königs von Preußen fand gestern eine Serenade und Illumination statt. Seine Abreise mit kleinem Gefolge nach Marienbad erfolgte heute unter Hochrufen sämmtlicher vor dem „Goldenen Schilde" versammelten Preußen, vieler Kurgäste und eines großen Theils der Bevölkerung.

Marienbad, 20. Juli, 5 Uhr 30 Minuten Nachmittags. Se. Maj. der König von Preußen ist so eben unter freudigem Jubelruf sämmtlicher Kurgäste hier eingetroffen und gedenkt morgen früh über Weiden seine Reise nach Gastein fortzusetzen. Der Aufenthalt des Königs gilt einem Besuch seiner Schwester, der Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin.

†† **Wien,** 21. Juli. Man scheint bis jetzt ziemlich allgemein anzunehmen, daß die von Oesterreich und Preußen auf das Waffenruhe-Gesuch Dänemarks nach Kopenhagen beförderte Antwort in allen ihren Theilen gleichlautend sei; ich habe indeß triftige Gründe, zu vermuthen, daß das nicht der Fall ist. Allerdings hat man sich nach Möglichkeit zu verständigen versucht, und über die Elemente des künftigen Friedensschlusses, die gänzliche Abtrennung der Herzogthümer von Dänemark, konnte überhaupt keine abweichende Ansicht mehr herrschen; aber gleichwohl soll die Formulirung der beiderseitigen Anschauungen, obgleich diese Formulirung nur erst die flüchtigsten Umrisse zeichnet, bereits wesentliche Divergenzen zu Tage gefördert haben, und die Detailausführung wird dieselben möglicher Weise nur noch entschiedener hervortreten lassen. Vielleicht ist in dieser Thatsache theilweise auch die Erklärung der ungewöhnlich verzögerten dänischen Rückantwort zu suchen, wenngleich die Zögerung vorzugsweise dadurch begründet sein möchte, daß man in Kopenhagen nicht blos schriftliche Erklärungen, sondern auch mündliche Berichte entgegen zu nehmen hat; denn es ist eine noch wenig bekannte, aber feststehende Thatsache, daß in Karlsbad und mit Preußen neben den schriftlichen Eröffnungen herlaufend und diese ergänzend sehr eingehende Verhandlungen zwischen Hrn. v. Bismarck und einem dänischen Vertrauensmann stattgefunden haben. Was übrigens Hrn. v. Bismarck betrifft, so erwartet man ihn morgen, und hat ihm der preußische Gesandte Baron Werther einen Theil des Gesandtschaftshotels zur Verfügung gestellt.

Frankreich.

)(**Straßburg,** 22. Juli. Die Eisenbahnen sehen mit jeder Woche eine Zunahme der Erträgnisse. So beliefen sich die Einnahmen der letzten Woche auf dem Netz der Ostbahn auf die ungeheure Summe von 1,630,000 Fr. Freilich muß bemerkt werden, daß die vielfachen Erleichterungen, welche man in Bezug auf sog. Lustfahrten und Vergnügungszüge gewährt, zur Erhöhung der Einnahmen beitragen. Morgen geht wieder ein solcher Zug von Paris über Straßburg nach Basel, und am 30. d. M. findet abermals eine Fahrt von Paris nach Straßburg statt, welche in der 2. Klasse 30 und in der 3. Klasse 20 Fr. für Hin- und Rückreise kostet. Diese Züge werden in der Regel auch für Ausflüge und Besuche von Verwandten im Badischen und in der Pfalz benützt. — Seit einigen Tagen ist wieder davon die Rede, daß der Kaiser im nächsten Monat das Elsaß und Baden besuchen werde. Die Bevölkerung wird den Monarchen mit Jubel begrüßen. — Die Erntenachrichten lauten von allen Seiten günstig.

* **Paris,** 21. Juli. Die „France" glaubt zu wissen, daß Hr. Drouyn de Lhuys vor einigen Tagen wieder eine Depesche an die Vertreter Frankreichs in Wien und Berlin gesandt hat, die dazu bestimmt ist, den HH. v. Rechberg und v. Bismarck mitgetheilt zu werden, und worin die französische Regierung den Wunsch ausspreche, daß die deutschen Mächte sich bei den mit Dänemark eingeleiteten Verhandlungen von der Mäßigung leiten lassen möchten, die geeignet sei, eine ehrenhafte Vermittlung zu erleichtern. — Da nun auch Rußland in die jüngsten Verfassungsmodifikationen der Donaufürstenthümer willigte, so hat die Pforte den Fürsten Kusa von dem deßfallsigen Einverständniß der Mächte in Kenntniß gesetzt. „Die Schwierigkeiten — bemerkt der „Abend-Moniteur" — welche man einen Augenblick befürchten konnte, sind sohin beseitigt, und die neue Verfassung kann anstandslos in Kraft treten." — Der König der Belgier stattete gestern der Kaiserin, vom belgischen Gesandten begleitet, einen Besuch in St. Cloud ab. Am Samstag begibt sich die Kaiserin mit dem kaiserlichen Prinzen nach Vichy. — Der Kabinetssekretär des Kaisers, Hr. Mocquard, ist in den Grafenstand erhoben worden. — Die heute Abend erschienene Wochenbilanz der französischen Bank ist anscheinend nicht ungünstig, da sich der Metallvorrath um 3 Millionen, auf 269½ Millionen, vermehrt hat. Diese Zunahme verliert jedoch jeden Werth, wenn man weiß, daß die Bank ihren Metallvorrath durch Goldkäufe künstlich erhält. Die Wechselbestände fielen um 28 Mill., auf 639 Mill., und der Banknoten-Umlauf auf 788 Mill. — Die Börse war äußerst flau. Rente bleibt 66.20. Mob. 991.25 mit 17.50 Baisse. Ital. Anl. hält sich auf 68.15.

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Juli. Die gestern hier eingetroffene Nachricht von der Bewilligung einer vierzehntägigen Waffenruhe hat beruhigend auf die angsterfüllten Gemüther der Kopenhagener Bevölkerung gewirkt. Wenn man weiß, wie leicht die öffentliche Stimmung sich durch die Ereignisse bestimmen läßt, wie schnell sie von einem Extrem in das andere überschlägt, so darf man sich nicht wundern, wenn plötzlich die Schmähungen der deutschen Nation, welche man kürzlich noch in vollem Maße überall zu hören bekam, durch Schimpfreden auf das „treulose Albion" und die „falschen Schweden" abgelöst worden sind. Der Skandinavismus, ein Produkt des idealen Strebens einiger Phantasten, welches der dänischen Nation künstlich eingeimpft werden sollte, doch in dem Volke selbst nie einen sympathischen Anklang gefunden hat, ist gänzlich fallit; der alte hundertjährige Nationalhaß macht sich wieder geltend, und allgemein hört man das Verhalten Schwedens unter den letzten Ereignissen einer scharfen Kritik unterziehen, ja man spricht allgemein die Ueberzeugung aus, daß Schweden mit Vorbedacht falsche Hoffnungen auf Unterstützung bei der dänischen Regierung erweckt habe, um sich später des Restes der zerstückelten Monarchie zu bemächtigen. Der Vorschlag, Dänemark dem Deutschen Bund einzuverleiben, findet dagegen mehr Anklang, als man eigentlich erwarten sollte; die Aussicht, als deutscher Admiralstaat noch immer eine einflußreiche Rolle spielen zu können, schmeichelt der nationalen Eitelkeit dieses noch stets von altnordischen Großmachtsträumen umnebelten Volkes. Daß Deutschland sich auf ein solches Arrangement eben so wenig wie 1815 einlassen wird, scheint man hier gar nicht für möglich zu halten. — Durch anonyme Schreiben war die Bevölkerung aufgefordert worden, sich gestern Nachmittag auf dem Christiansborger Schloßplatz zur Ausführung einer Demonstration einzufinden, ob gegen das jetzige Ministerium oder ob zu Gunsten der Uebernahme des absoluten Regiments durch den König, wie auch behauptet wurde, ist unentschieden geblieben, da sich Niemand gestellt hatte.

Kopenhagen, 19. Juli. (Köln. Ztg.) Nach hiesigen, hier in unterrichteten Kreisen verbreiteten Ansichten wird der Friede noch vor Ende d. M. fix und fertig werden, und ist derselbe so gut wie verbürgt, dafern des Königs Wille im Stande ist, die nöthigen Opfer als unvermeidlich hier in Kopenhagen durchzusetzen. Der vornehmste Reisende der „Ellida", die von Lübeck heute eintraf, war der Prinz Johann von Glücksburg, der von Paris heimkehrte.

Kopenhagen, 19. Juli. (Köln. Ztg.) Die gestrige Volksthings-Sitzung war eine denkwürdige, und das Ohr hing lauschend an den Lippen jedes Redners. Die Zuhörerplätze waren übervoll und konnten die Menge nicht fassen. Der Abg. Liebe eröffnete die Adreßverhandlungen als Wortführer der Antragsteller. Er sprach sich über die Bedeutung und Nothwendigkeit der Adresse in der jetzigen ernsten Lage des Landes aus. Der Conseilspräsident widerrieth die Annahme des Vorschlags als durchaus für die Regierung nicht zeitgemäß. Jetzt müßten wir nehmen, was man uns geben wolle. Bei den Unterhandlungen, welche man jetzt pflöge, um erst vor Allem dem fernern Blutvergießen Einhalt zu thun (und er müsse darauf hinweisen, daß wahrscheinlich heute noch, vielleicht in dieser Stunde selbst, die Nachricht des Abschlusses einer 14tägigen Waffenruhe als Einleitung zu einem längern Waffenstillstand eintreffen könne), könne die Regierung die Bedingungen nicht vorschreiben, und er wünsche auch keineswegs selbe von den Repräsentanten des Volks vorgeschrieben zu sehen. Die Regierung müsse freie Hand haben, und er könne nicht umhin, darauf hinzudeuten, daß die Adresse an anderen Orten sehr leicht mißverstanden und die Ursache wenigstens zu Erschwerungen für die Regierung werden könnte; denn wenn man dort vorher wisse, was man wolle, so höre jede Diskussion über das möglich Erreichbare auf. Hammerich entwickelte, wie ein Schleswig-Holstein, unter welcher Gestalt und Namen es auch verbunden mit Dänemark erscheinen möchte, weit schlimmer und gefahrbringender für Dänemarks Selbständigkeit, als eine vollständige Losreißung der Herzogthümer sei; denn die Lage des Königs würde eine durchaus unhaltbare sein, und der Staat sinke zu einem Vasallen Deutschlands herab. Auch der Eintritt Dänemarks in den Deutschen Bund sei eben so wenig ein irgend denkbarer Ausweg. Wohl nähre er keineswegs ein Mißtrauen gegen das Ministerium, aber wenn es unsere dänischen Brüder in Schleswig aufopfere, so würde damit das Urtheil über dasselbe gefällt sein; und das Volk, das Solches thäte, wäre mit Schanden seinem Untergang Preis gegeben. Monrad, als Mitglied für den vierten Wahlkreis des Amtes Maribo, legte in einem tief ergreifenden, langen Vortrag den historischen Gang der Staatsverhältnisse seit dem 1. Jan. d. J. an vor. Er habe alle Parteien und Das, was er sich zur Aufgabe gestellt, wohl geprüft, er habe stundenlange Unterredungen gehabt mit den Führern, bald der Gesammtstaats-, bald der Eider-Partei u. s. w., aber er habe nie etwas wesentlich Klares herausbringen können. Beim Beginn des Jahres habe er es übernommen, ein anderes Kabinet zu bilden, wobei er sich ein engeres Zusammenschließen des Königs und des Ministeriums als das Allernöthigste zum Ziel gesetzt habe, und deßhalb habe er solche Männer hineinzuziehen gestrebt, die vor ganz Europa die Bereitwilligkeit, den Frieden zu bewahren, hätten zeigen können. So habe er zum Minister für das Auswärtige einen Mann genommen, der ihm durch seinen langen Aufenthalt im Ausland und seine Bekanntschaft mit Deutschland besonders geeignet erschienen sei. Erst habe er sich willig erklärt, unsere Sache einer europäischen Vermittlung entweder in einer speziellen Konferenz oder in einem allgemeinen Kongreß zur Entscheidung vorzulegen. Er wolle Gott gedankt haben, wenn dadurch ein erwünschtes Resultat herbeigeführt worden sei; aber seine Bestrebungen seien nutzlos gewesen. Auf Englands Verlangen habe er Schritte zur Aufhebung der November-

Verfassung gethan; er würde Gott gedankt haben, wenn er dadurch Dänemarks Ruhe und Frieden gesichert hätte; gleichwohl sei ja der Krieg ausgebrochen. Mit Rücksicht auf die Begebenheiten der Londoner Konferenz, auf welche die Regierung eingegangen sei, weil Frankreich Solches gewünscht, müsse er sich schwer über die neutralen Mächte beschweren, welche wiederholt und oft ausgesprochen, was sie für hinreichende Opfer von unserer Seite ansähen, und die, wenn wir darauf eingegangen wären und unsere Feinde solche Opfer verworfen, sofort ungünstigere Vorschläge vorgebracht hätten. Auf ein Schiedsgerichts-Urtheil habe er nicht eingehen können, ohne das Glück der Waffen wieder zu prüfen, und das um so mehr, weil es derzeit sich als wahrscheinlich zeigte, daß England uns materielle Hilfe leisten werde. Jetzt hätten wir freilich keine Chancen mehr, und es freue ihn, daß ein neues Ministerium gekommen, das weit würdiger Schritte zur Unterhandlung vornehmen könne und des Königs Vertrauen habe. Er wolle Bluhme stützen, der keineswegs aus persönlicher Lust das Steuerruder übernommen; aber der Reichsrath müsse, wie gewöhnlich, die Sache ohne Rücksicht darauf, ob er mit dem Ministerium übereinstimme oder nicht, behandeln, und dessen Ausdruck könne die Regierung nicht geniren. Die Personalunion sei vielleicht der schlimmste Ausweg von allen; der König würde dazu kommen, beide Theile zu verlieren, wenn er, auf dem Thron Dänemarks sitzend, zur Unterdrückung des dänischen Charakters in Schleswig beitragen solle. Uebrigens drücke die Adresse nicht einmal aus, worauf es ganz besonders ankomme, nämlich die Bewahrung der dänischen Schleswiger, und diesen zum Frommen würde er jede Spur von politischer Freiheit vernichten, für welche er sein ganzes Leben hindurch gearbeitet habe, ja, er würde mit in den Deutschen Bund folgen. — Es waren nach Monrad noch 19 Mitglieder zurück, die das Wort verlangt und verzeichnet standen. Der Präsident vertagte die Verhandlungen 5½ Uhr. Die Fortsetzung des Berichts muß ich mir vorbehalten.

Kopenhagen, 19. Juli. Aus Skagen und Frederikshavn in Jütland sind zahlreiche Familien nach Schweden entflohen und dort eingetroffen. Südschwedische Blätter berichten über die vor mehreren Tagen stattgehabte Aufbringung mehrerer deutschen Kauffahrer im Skagerak.

Die „Indép. Belge" veröffentlicht zwei Schreiben ihres Spezialkorrespondenten im dänischen Hauptquartier auf Fühnen vom 14. und 16. Juli. Es geht daraus hervor, daß die letzten dänischen Truppen, welche aus Nordjütland herausgezogen wurden, dem 2. Dragonerregiment angehörten und am 13. Abends, von Frederikshavn kommend, in Nyborg ausgeschifft wurden. In der dänischen Armee war vor Abschluß der Waffenruhe die Besorgniß verbreitet, daß die alliirte Flotte in die Operationen der alliirten Armee gegen Fühnen eingreifen möchte, und der Glaube, daß die dänische Flotte von einem Zusammenstoß mit derselben „viel zu fürchten" hätte. Zwei bis drei dänische Kriegsschiffe kreuzten, um einem plötzlichen Handstreich vorzubeugen, in den Gewässern von Skagen, darunter die Panzerkorvette „Danebrog", der Stolz der dänischen Marine, unter dem Kommando des Orlogskapitäns Suenson, welcher auch im Seegefecht bei Helgoland das dänische Geschwader befehligte. Auf Fünen selbst würden alle Vorkehrungen zu einem lebhaften Widerstand getroffen. Obwohl alle Welt an den Frieden glaube, befänden sich doch von allen Seiten her die Truppen in Bewegung gegen die Küste hin und die Fourgons rasselten Tag und Nacht über das Pflaster von Odense. Im Interesse der Menschlichkeit sei es indessen zu wünschen, daß der Krieg nicht wieder zum Ausbruch komme, da er zu einer blutigen Katastrophe führen würde.

Großbritannien.

* **London**, 20. Juli. Parlamentsverhandlungen vom 19. Juli.

Im Unterhaus interpellirt Wyld, ob die Regierung von dem Angriff preußischer Truppen auf den norwegischen Postdampfer „Diken" Nachricht erhalten habe, welcher Dampfer am 13. Juli früh Passagiere in Frederikshavn, Jütland, an's Land setzte und mehrere Engländer an Bord hatte, deren Leben bei dieser Gelegenheit gefährdet worden sei. — Layard erwiedert darauf, es sei die Regierung benachrichtigt worden, daß preußische Truppen auf den genannten Postdampfer gefeuert haben; doch sei es ihm nicht bekannt, daß sich brittische Unterthanen unter den Passagieren befanden und daß überhaupt Passagiere an's Land gesetzt worden seien. Die preußischen Truppen hätten allem Anschein nach den Dampfer für ein dänisches Fahrzeug gehalten. Der schwedische Minister (oder Gesandte?) habe deßhalb eine Note an die preußische Regierung gerichtet, und es würde ohne Zweifel eine Untersuchung eingeleitet werden. — Wyld bemerkt, er habe selbst einen brittischen Unterthan gesprochen, der zu jener Zeit an Bord des genannten Dampfers war, und dieser habe ihm eine Kugel gezeigt, die hart an ihm vorübergefahren war. (Hört und Lachen.) — S. Fitzgerald fragt, ob es wahr sei, daß ein Regiment von Hongkong nach Japan abgesandt worden sei, und zu welchem Zweck? — Der Marquis of Hartington (Unterstaatssekretär des Kriegsministeriums) antwortet, es sei in einer Depesche des in Hongkong kommandirenden Generals Brown die Meldung hiehergelangt, daß auf Verlangen von Sir Rutherford Alcock, des Gesandten in Japan, einige Kompagnien des 2. Bataillons vom 21. Regiment nach Yokohama geschickt worden seien. Ein spezieller Grund hiefür sei in der Depesche des Generals nicht angegeben. — Lord Naas kündigt hierauf an, daß er am nächsten Freitag die Aufmerksamkeit des Hauses auf diese japanesische Expedition lenken und sich über deren Zweck Auskunft erbitten werde. — Auf eine betreffende Interpellation Bansittarts erwiedert Cardwell (Kolonialminister), die Regierung wisse nichts von dem angeblich drohenden Wiederausbruch eines Kaffernkriegs.

Maguire beantragt hierauf die Niedersetzung eines Ausschusses behufs Untersuchung der gegenwärtigen Lage der brittischen Papierfabrikation im Verhältniß zur Besteuerung des Auslandes. Der Redner behauptet, daß in Folge des mit Frankreich abgeschlossenen Vertrages die brittischen Papierfabrikanten die Konkurrenz mit dem Ausland nicht aushalten können, und daß ein wichtiger Industriezweig allen Uebeln des (ausländischen) Schutzzoll-Systems ausgesetzt worden sei. Unvermögend, mit dem Ausland, welches seine Lumpenausfuhr hoch besteuere, zu konkuriren, könne der brittische Fabrikant keine neue Maschinen anschaffen, und wenn nicht Abhilfe getroffen würde, müsse man sich auf den Ruin der brittischen Papierfabrikation gefaßt machen. — Der Schatzkanzler hat gegen die Niedersetzung des gewünschten Ausschusses nichts einzuwenden, doch kann er unmöglich glauben, daß Mr. Maguire dies noch für die zu Ende gehende Session beantragen werde. Wenn er seine Motion zu Anfang der nächsten wieder einbringen wolle, werde die Regierung mit Genehmigung des Hauses keine Einsprache erheben. Er selbst wisse wohl, daß einzelne Zweige der Papierfabrikation durch die Aufhebung der Einfuhrzölle arg zu leiden haben (namentlich Druckpapier und überhaupt alle mittlern Papiersorten); doch sei damit noch lange nicht bewiesen, daß die ganze brittische Papierfabrikation sich am Rand des Untergangs befinde. Auf Opfer müsse man sich bei jedem Uebergang vom Schutzzoll zum Freihandel gefaßt machen, so auch im vorliegenden Fall. Man habe in die Regierung gedrungen, daß sie sich bemühe, eine Herabsetzung der Ausfuhrzölle auf Lumpen beim Ausland zu erwirken, und er glaube versichern zu können, daß Frankreich in dieser Richtung ehestens Konzessionen machen werde. Um aber diesen nicht entgegen zu arbeiten, wäre es wünschenswerth, wenn die englischen Papierfabrikanten sich vorerst stille verhielten und nicht ewig von der überwiegenden Konkurrenz des Auslands sprächen. — Es entspinnt sich über dieses Thema eine längere Diskussion, an der sich viele Mitglieder betheiligen. Schließlich zieht Mr. Maguire seinen Antrag zurück, befriedigt durch die Zusage des Schatzkanzlers, daß die Regierung im nächsten Jahr die Niedersetzung eines Ausschusses nicht hindern werde. — F. Smith beantragt die Niedersetzung eines speziellen Ausschusses, welcher über die zweckmäßigste Panzerung von Kriegsschiffen Erhebungen machen und Bericht abstatten solle. Lord Clarence Paget (Unterstaatssekretär der Admiralität) hebt hervor, wie wenig ein solcher Ausschuß leisten könne, da mit jedem Tag neue Erfahrungen und Entdeckungen gemacht werden. In der That wird auch dieser Antrag schließlich zurückgezogen. — Die Sitzung schließt um ¼ nach 1 Uhr Morgens.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 21. Juli. 26. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer Tagesordnung auf Samstag den 23. Juli, Morgens 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Kommissionsberichts über die von der Zweiten Kammer beantragte Adresse, eine Abänderung des Gesetzes über die Feuerversicherungs-Anstalt betreffend; erstattet von Ministerialrath Dr. Jolly. 3) Erstattung und Berathung des Berichts der Budgetkommission über die Gesetzentwürfe, den Etat für die Kreis-Schulräthe und die Erbauung eines Gebäudes für die Turnlehrer-Bildungsanstalt betreffend; Berichterstatter Dennig. 4) Berathung des Kommissionsberichts über die von großh. Regierung geschehene Vorlage, die Untersuchungen von Gebirgsbahnen betreffend, sowie über verschiedene in Eisenbahn-Angelegenheiten eingekommene Petitionen; Berichterstatter Artaria. 5) Wahl des ständischen Ausschusses. — Hierauf: Geheime Sitzung.

Baden.

♃ Staufen, 21. Juli. Die gegenwärtige Ernte fällt nach den Versicherungen der Landwirthe bezüglich aller Fruchtgattungen qualitativ und quantitativ so gesegnet aus, wie seit Menschengedenken keine eingeführt worden ist. Die Fruchtpreise sinken deßhalb so erheblich, daß für das Erträgniß eines Morgens Roggenacker, für welchen der Pachtzins vom Jahr 30 fl. beträgt, bei den öffentlichen Versteigerungen nur 36 fl. bezahlt werden. Uebrigens ist dieses Fallen der Preise beim Brod noch gar nicht bemerkbar, indem die Bäcker feste Sätze halten, wie wenn die Frucht aus Theuerjahren bezogen würde.

An Kartoffeln und Nußbäumen bemerkt man da und dort in Folge der wechselvollen Witterung Fäulnißzerstörungen der Früchte, die sich zuerst durch kleine schwarze äußere Flecken charakterisiren, beim Aufschneiden aber schon die Mitte der Frucht ergriffen haben; dann wird sie ganz schwarz, und fällt zu Boden. Allgemein ist diese Krankheit nicht aufgetreten.

Ⅹ Thiengen, 20. Juli. Das diesjährige Kreis-Schützenfest für den See-, Höh- und Klettgau wird nach Beschluß des Kreisausschusses in hiesigem Städtchen abgehalten. Dasselbe beginnt am 28. k. M. und dauert fünf Tage. Das Festkomitee ist bereits in voller Thätigkeit. Ehrengaben sind von hier allein schon zwanzig gezeichnet, darunter zwei Feldstutzen von der hiesigen Schützengesellschaft. Aufgestellt werden 7 Feld- und 4 Standscheiben. Die beiden Festscheiben, auf welche die Ehrengaben vertheilt werden, heißen „Wuttach" und „Rhein". — Auch ein Schützentag wird von den einzelnen Vereinsvorständen in gedachter Festzeit abgehalten werden; Tagesordnung: Verhandlung über Vereinsangelegenheiten und Besprechung der Frage, wie dem Schützenwesen mehr Verbreitung zu geben sei.

Vermischte Nachrichten.

— Leipzig, 19. Juli. (D. A. Ztg.) Heute fanden bei dem Verleger der hier erscheinenden polnischen Zeitung „Ojzyzna" (Vaterland), Hrn. Buchhändler Adolf Wienbrack, sowie auch bei dem Drucker der Zeitung Haussuchungen statt. Mehrere Beamte des Bezirksgerichts, sowie Polizeibeamte im Zivil waren mit der Ausführung dieser Haussuchung, die mehrere Stunden dauerte und den Papieren der Redaktion galten, beauftragt. Es soll nicht das Geringste gefunden worden sein.

— Von der Saale, 20. Juli. Dem zur Strafversetzung und zu 40 Thalern Geldstrafe verurtheilten Kreisrichter, Abgeordneten Forstmann zu Zeitz ist eine Stelle als Einzelrichter im Gerichtsbezirk Köslin überwiesen worden. Er hat unter Ersatz der Transportkosten während der Ferien dahin überzusiedeln, um mit dem 1. Sept. seine Funktion beginnen zu können. Forstmann ist Familienvater.

— Am 10. Aug. wird ein Wiener Vergnügungszug in Straßburg ankommen und von dort nach Paris gehen. Der Gasthof zum „Rebstock", der unter der Leitung des Hrn. Heidt (eines Badeners) eine große Bedeutung erlangt, wird denselben beherbergen. Es werden den Gästen ausnahmsweise Festlichkeiten bereitet.

* London, 20. Juli. Nach gewissen Thatsachen, welche gestern Nachmittag zur Kenntniß der Behörden gekommen sind, scheint die Spur des Menschen, welcher die grausige Mordthat auf der Nord-Londoner Eisenbahn verübt hat, endlich aufgefunden zu sein. Doch ist der muthmaßliche Verbrecher, ein deutscher Schneider Namens Franz Müller, schon auf der Fahrt nach Neu-York begriffen. Die Person, auf deren Zeugniß hin die Polizei schleunigst ihre Maßregeln zur Verfolgung des Entflohenen ergriffen hat, ist ein Droschkenkutscher, Jonathan Matthews (andere Berichte nennen ihn Blake), und die Aussage lautet im Wesentlichen folgendermaßen: „Ich kenne Franz Müller, er ist von Köln zu Hause und, wie er mir sagte, 25 Jahre alt. Er arbeitete hier als Schneider in einer Leinenwaaren-Handlung in der City. Vor einigen Monaten schloß er Bekanntschaft mit meiner Schwester und kam in Folge dessen häufig zu mir in's Haus. Eines Sonntags fragte er mich, wo ich meinen neuen Hut, der ihm sehr gefiel, gekauft habe. Ich gab ihm die Adresse an und erbot mich zugleich, ihm einen solchen dort zu kaufen, worauf er einging. Den folgenden Sonntag holte er sich denselben bei mir ab. Der hier vorliegende Hut (derjenige, welcher in dem Eisenbahncoupé gefunden worden) ist der von mir für Müller gekaufte, was ich beschwören kann. Am Montag, 11. d., kam Müller zu meiner Wohnung. Ich war abwesend und er sprach mit meiner Frau. Während der Unterhaltung zog er eine Schachtel aus der Tasche und nahm eine goldene Uhrkette heraus, für welche er, wie er sagte, am Morgen desselbigen Tages 3½ Pfd. St. bezahlt habe; darauf befestigte er die Kette an die Uhr, welche er trug, und gab die Schachtel meinem Kinde zum Spielen. (Die Schachtel lag vor und der Juwelier, bei welchem Hrn. Briggs, des Ermordeten, Uhrkette gegen eine andere und einen Ring umgetauscht worden, erkannte sie als diejenige, in welcher er dem Fremden die Kette überreicht hatte.) Müller zeigte dann einen Ring, den er am Finger trug und welcher der von dem Juwelier gegebenen Beschreibung entsprach. Er theilte darauf meiner Frau seine Absicht mit, nach Kanada zu gehen, und ersuchte sie wiederholt, mich zu bitten, den folgenden Morgen nicht auszugehen, bis er zu mir gekommen sein würde. Ich wartete an zwei oder drei Tagen den Morgen über auf ihn, doch vergebens; er kam nicht."

Weitere Nachforschungen haben noch eingehendere Einzelheiten an's Licht gebracht, für deren vollständige Richtigkeit sich einstweilen freilich noch nicht bürgen läßt. Müller soll vor etwa anderthalb Jahren nach London gekommen sein, und damals eine sehr hübsche goldene Uhr und massive goldene Kette besessen haben, wie sie durchaus nicht im Verhältniß zu seiner Stellung und seinen Mitteln standen. Vor einigen Monaten kam ihm Uhr und Kette in einem Wirthshausstreite abhanden, und seit der Zeit klagte er oft und bitter über den Verlust, den er erlitten, ohne jedoch irgendwie der Polizei eine Anzeige über den Diebstahl oder Verlust gemacht zu haben. Seit jenem Tage, an welchem die Mordthat vorgefallen, hat er nun bei mehreren Gelegenheiten eine schöne Uhr gezeigt, indem er dabei sagte, es sei ihm endlich gelungen, sich so viel zu ersparen, um sich eine neue Uhr zu verschaffen. Die Kette, welche Müller bei dem Juwelier Death eingetauscht hatte, versetzte er Tags darauf bei einem Pfandleiher und verkaufte den Pfandschein an einen andern mit ihm in demselben Hause wohnenden deutschen Schneider, als dessen Name Goodwin angegeben wird. Dieser Goodwin machte, als Zeuge vernommen, vor der Polizei die Aussage, Müller sei an jenem Samstag Abend (den 9. d.), an welchem die Mordthat geschehen, gegen 11 Uhr nach Hause gekommen und habe sehr unordentlich und verwirrt ausgesehen; als Grund davon habe Müller angegeben, es sei ihm in der City ein Unfall zwischen einigen Fuhrwerken zugestoßen, wobei er sich den Fuß verrenkt habe.

Das Nächste, was die Polizei zu thun hatte, war, den Aufenthaltsort des Verdächtigen auszuspüren, und da er die Absicht geäußert hatte, über See zu gehen, so wurden natürlich sogleich Nachforschungen bei den Einschiffungsplätzen angestellt. Vermittelst einer Photographie, welche Müller in seiner Wohnung zurückgelassen hatte, gelang es, die Identität des Verdächtigen mit einer Person, welche am vorigen Donnerstag den 14. aus den Londoner Docks nach Neu-York abgereist war, zu konstatiren. Wäre Müller per Dampfer gefahren, so würde er höchst wahrscheinlich ohne Belästigung in Amerika angekommen und dort vielleicht unaufspürbar verschwunden gewesen sein. Aber sein Schicksal wollte, daß er sich auf einem Segelschiff davonmachte, welches der Dampf noch vor der Ankunft in Neu-York überholen kann. Die Regierung hat sofort einen Dampfer zur Verfügung gestellt, auf welchem der Polizeiinspektor Tanner, der Juwelier Death und der Droschkenführer Matthews sich heute von Liverpool aus nach Neu-York eingeschifft haben. Der Inspektor ist mit einem Schreiben des hiesigen amerikanischen Gesandten, Hrn. Adams, an die Neu-Yorker Behörden versehen. Die Verfolger werden den muthmaßlichen Mörder entweder noch auf der See einholen oder ihn bei seiner Ankunft in Neu-York empfangen. [Bekanntlich soll Fr. Müller bereits in Queenstown festgenommen worden sein.]

Karlsruhe, 22. Juli. (Redtenbacher-Denkmal.) An weiteren Beiträgen sind eingegangen: Zweiter Beitrag der Professoren in Zürich 19 fl. 32 kr., Beitrag Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs 100 fl., Sammlung der Gebr. Ch. Sorin in Basel 209 fl. 38 kr., Professor Schröter in Stuttgart 5 fl., Konstrukteur Frick daselbst 5 fl., L. Dreyfuß in Bruchsal 30 kr., Frhr. C. v. Göler in Schaffhausen 20 fl., Bahninspektor C. Klein in Groß-Kanisa 10 fl., W. Knauß, Lederhändler hier, 2 fl. 30 kr., Ministerialrath Schwartzmann 1 fl. 45 kr., Konstrukteur Th. Groß 5 fl., v. Marschall 4 fl., G. Rupprecht in Wien 3 fl., Bassermann 5 fl., Gebr. Benkiser 50 fl., Bierbrauer G. Schuberg 2 fl. 20 kr., Schneidermeister Bauer 1 fl., Bassermann'sche Verlagshandlung 100 fl., Reinertrag von Photographien 3 fl. 12 kr., C. Kley in Bonn 17 fl. 30 kr., C. Sachs in Oberhausen 8 fl. 45 kr., C. Lueg daselbst 3 fl. 30 kr., J. Reinhardt daselbst 1 fl. 45 kr., H. Jacobi in Sterkerade 1 fl. 45 kr., A. Korbach daselbst 1 fl. 45 kr., A. Culmann in Ruhrort 1 fl. 45 kr., E. Langen in Köln 26 fl. 1 kr., F. Bödesser auf Friedrich-Wilhelms-Hütte 1 fl. 45 kr., N. N. 3 fl. 30 kr., M. Braun 1 fl. 45 kr., Langer u. Kullig 3 fl. 30 kr., O. Whitzer, Hüttendirektor in Osnabrück, 8 fl. 45 kr., E. Schemann, Techniker, 1 fl. 45 kr., E. Kummerfeld auf Georg-Marien-Hütte 5 fl. 15 kr., F. Lürmann 1 fl. 45 kr., M. Goltstein, Direktor der Maschinenbaugesellschaft in Bayenthal, 35 fl., technisches Büreau daselbst 38 fl. 30 kr., Reinertrag von Photographien 24 kr., von früheren Polytechnikern in Norwegen durch Hrn. Prof. Baumeister 100 fl., Karlsruher Polytechniker 35 fl. 15 kr., Ingenieur Herrmann in Spanien 13 fl. 30 kr., Heinzelmann in Müllheim 5 fl. 15 kr., Charles Remy in Japan 25 fl., A. Springer in Wien 25 fl. Summe 916 fl. 21 kr. Hiezu die frühere Summe von 1364 fl. 33 kr., im Ganzen 2280 fl. 54 kr. Das Komitee: M. Mayr (aus Wien). J. Kobtz (aus Köln). C. Schnock (aus Halberstadt).

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

21. Juli.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 10,53'''	+15,0	S.W.	schw bew.	Sonnenbl., mild
Mittags 2 „	„ 9,80'''	+22,5	„	stark „	Sonnensch., heiß
Nachts 9 „	„ 9,82'''	+16,0	„	schw. „	sternhell, mild

Maxau, 22. Juli. Rheinwasser-Wärme 17½ Grad.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Z.m.193. Karlsruhe. Entfernten Freunden und Bekannten theilen wir die traurige Nachricht mit, daß unsere liebe Mutter Luise Flachsland, geborne Gentner, gestern Abend 8½ Uhr sanft verschieden ist.

Um stille Theilnahme bitten,
Karlsruhe, den 22. Juli 1864,
Die trauernden Hinterbliebenen:
Emil Flachsland, Oberlieutenant.
Otto Flachsland, Forstpraktikant.

Z.m.192. Karlsruhe.

Elektrisirmaschine,

eine vollkommen gut erhaltene, nebst allem Zugehör u. d. g., ist billig zu verkaufen. Näheres **Langestraße Nr. 120** zu ebener Erde.

Z.m.188. Nr. 2340. Bodmann.

Für Brauer.

In unserer Brauerei zu Espasingen sind zwei ganz gute eichene Kühlschiffe feil, jedes 22' lang, 10' breit. Angebote wollen vor 1. Septbr. d. J. gemacht werden beim Freiherrlich von Bodmann'schen Rentamt zu Bodmann.

Ein Reitpferd, fehlerfrei, vollkommen militärfromm, 9 Jahre alt, komplet geritten und von hübscher Figur, ist eingetretener Verhältnisse halber zu verkaufen. Näheres bei der Exped. d. Bl. [Z.m.185.

Z.k.911. Baden.

Ankündigung.

Regelmäßige Passagier-Beförderung mittelst Dampf- und Segelschiffen über Antwerpen, Bremen, Hamburg, Havre und Liverpool zu festen, billigst gestellten Preisen. Wegen Einschreibung beliebe man sich zu wenden

an das concessionirte Bureau
von **S. Meyer** in **Baden.**

Z.m.120.

Bekanntmachung.

Die K. K. priv. allgemeine österr. Boden-Kredit-Anstalt in Wien macht hiermit bekannt, daß sie mit der Emission ihrer **steuerfreien,** 5prozentigen, **in Silber** verzinslichen und binnen längstens 50 Jahren **al pari in Silber** rückzahlbaren Pfandbriefe begonnen hat.

Dieselben werden in Stücken von 1000 — 500 — 400 — 300 — 200 — und 100 Gulden österr. Währung in Silber ausgegeben, und sind mit halbjährigen Zinscoupons versehen.

Die Rückzahlung erfolgt al pari in Silber, ohne jeglichen Abzug, nach Maßgabe der verfügbaren Mittel des Tilgungsfonds, der aus den annuitätsweisen Kapitalsrückzahlungen der Hypothekarschuldner gebildet wird.

Die Pfandbriefe lauten in der Regel auf Inhaber, werden aber auf Verlangen auch auf bestimmte Namen ausgestellt, und können in den österreichischen Staaten zu Anlagen von Kapitalien öffentlicher Verwaltungen, und von Pupillar- und Depositengeldern verwendet werden.

Jeder Pfandbrief wird entweder von dem durch Se. K. K. Apostolische Majestät ernannten Gouverneur oder einem Direktor, dann von einem Verwaltungsrath unterfertigt, sowie mit der Bestätigung des kaiserlichen Regierungskommissärs und eines Censors über die statutenmäßige Bedeckung des Pfandbriefes versehen.

Für die pünktliche Verzinsung und Rückzahlung der Pfandbriefe haften das gesammte Vermögen der Anstalt und insbesondere auch die von derselben erworbenen Hypotheken, deren Gesammtbetrag, inclusive der neben ihnen eventuell bestehenden Reserven, jederzeit die Summe der ausgegebenen Pfandbriefe mindestens erreichen muß.

Die Darlehen der Anstalt auf Hypotheken dürfen höchstens bis zur Hälfte des statutenmäßig ermittelten Werthes derselben sich erstrecken — auf Wälder und andere auf Anpflanzungen beruhende Objekte ein Drittel nicht übersteigen.

Die Zinsen werden gegen Beibringung der fälligen Coupons und die zur Rückzahlung verloosten Pfandbriefe gegen Rückgabe derselben ohne jeglichen Abzug an den Kassen der Anstalt in Wien und Paris, sowie auch bei der königl. württ. Hofbank in Stuttgart, den Herren Rob. von Frölich u. Cie. in München, Chr. von Frölich u. Söhne in Augsburg, Lödel u. Merkel in Nürnberg, **G. Müller & Cons.** in **Karlsruhe** und Gebr. Bethmann in Frankfurt a. M. in **effektivem** Silber ausbezahlt, bei welchen Stellen die Pfandbriefe bis auf weiteres zum Emissionskurse bezogen werden können.

Wien, den 7. Juli 1864.

Der Gouverneur der k. k. priv. allg. österr. Boden-Kredit-Anstalt.
(gez.) **Graf Almasy.**

Bezugnehmend auf vorstehende Annonce zeigen wir hiermit an, daß uns die Agentur der Oesterreichischen Boden-Kredit-Anstalt für das Großherzogthum Baden übertragen ist und oben bezeichnete Pfandbriefe dieser Anstalt zum Kurs von 87 % in österr. Silber bei uns bezogen werden können.

Karlsruhe, den 9. Juli 1864.

G. Müller & Cons.

Z.k.933. Karlsruhe.

HOTEL GRÜNER HOF,

unmittelbar am Bahnhof.

Der Unterzeichnete empfiehlt hiermit sein seit Jahren vortheilhaft bekanntes Hotel, das so eben durch einen großen und geschmackvollen **Neubau** vergrößert wurde. Neben eleganter Einrichtung sowohl für Familien als einzelne Reisende bietet solches allen nur möglichen Comfort; auch sichere ich die reellste, aufmerksamste Bedienung zu.

Karlsruhe. **Ch. Höck.**

Kurhaus Tarasp-Schuls,

(Graubünden.)

Eröffnung den 26. Juni.

Das Kurhaus ist in einem großen Maßstab ausgeführt; die Ausstattung elegant mit allem Comfort versehen. Es enthält 200 Logirzimmer mit 300 Betten, Billardsaal, großem Gesellschaftssaal, Damensalon und mehreren kleinen Salons, Kaffeesaal u. s. w., und entspricht in dieser Beziehung den Anforderungen an ein großes Kurhotel. Für die Kur selbst sind 60 Bäder eingerichtet, welche mit Sauer-, Salz- oder Schwefelwasser gespiesen werden können.

Für Spaziergänge bietet der Park des Hotels, ganz besonders aber die durch ihre Schönheit und Großartigkeit ausgezeichnete Umgebung Genuß und Erholung.

Tägliche Postverbindung mit Chur, Como, Innsbruck und Bötzen.

Telegraphenbureau in Schuls.

Aerzliche Anfragen wollen an Herrn Dr. Killias, und zwar bis 25. Juni nach Chur, dann nach Kurhaus Tarasp-Schuls, Logisbestellungen an die Hotelverwaltung, und Wasserbestellungen an die Direktion daselbst, oder an das Hauptdepot, HH. Masner und Braun in Chur, wie bisher gerichtet werden.

Die Direktion.

Z.k.950.

Z.m.197. Bruchsal.

Für Fabrikanten von Gasbeleuchtungs-Einrichtungen.

Der Württemberg und Baden gemeinschaftliche Bahnhof Mühlacker soll mit Steinkohlengas erleuchtet, und soll die Beleuchtungseinrichtung auf beiderseitige Staatskosten hergestellt werden.

Der mechanische Theil dieser Einrichtung will in Akkord gegeben werden, und wird hiermit an tüchtige Fabrikanten zur Bewerbung ausgeboten.

Im Allgemeinen wird hier bemerkt, daß die einschlägigen Arbeiten am Gaswerk, bestehend aus dem Retortenherd sammt Hydraulik, dem Condensator, den Reinigern, dem Hut des Gashalters, dem Regulator und den Verbindungstheilen zwischen diesen Apparaten, sowie an den Siphons veranschlagt sind

zu	4540 fl.
die gußeisernen Leitungen zu	5000 fl.
die schmiedeisernen Leitungen zu	1820 fl.
die Lampen zu	3550 fl.
Zus.	14910 fl.

Um sich über die beabsichtigte Einrichtung näher unterrichten zu können, hat die unterzeichnete Stelle ein Programm aufgestellt, das zugleich die hauptsächlichsten Akkordbedingungen enthält und auf welches die Angebote zu basiren sind.

Uebernahmslustige wollen dieses Programm von unterzeichneter Stelle, welche übrigens auch jede weiter gewünschte Auskunft zu ertheilen bereit ist, requiriren und Angebote auf das Ganze oder einen Theil der Einrichtungen, mit den nöthigen Zeichnungen belegt, bis längstens den 9. August d. J. schriftlich, versiegelt und mit der Aufschrift „Angebot für die Gasbeleuchtungs-Einrichtung in Mühlacker" versehen hieher einsenden.

Bruchsal, den 21. Juli 1864.
K. Betriebsbauamt.
C. Bracher.

Z.m.200. Bruchsal.

Verdingung von Bauarbeiten.

Nachstehende, für die Gasbeleuchtungs-Einrichtung auf dem württ.-badischen Bahnhof Mühlacker erforderliche Bauarbeiten sind in Akkord zu geben:

I. Für das Fabrikgebäude:

die Grabarbeit, veranschlagt zu	7 fl. 30 kr.,
die Maurer- und Steinhauerarbeit, veranschlagt zu	1164 fl. 20 kr.,
die Zimmerarbeit, veranschlagt zu	559 fl. 36 kr.,
die Schmiedarbeit, einschließlich der eisernen Bedachung des Retortenhauses, veranschlagt zu	578 fl. 53 kr.,
die Glaserarbeit, veranschlagt zu	50 fl. 55 kr.,
die Schlosserarbeit, veranschlagt zu	26 fl. 20 kr.,
die Asphaltfilz-Bedeckung, veranschlagt zu	88 fl. 30 kr.

II. Für die Cisterne des Gashalters.

die Grabarbeit, veranschlagt zu	29 fl. 45 kr.,
Maurer- und Steinhauerarbeit, veranschlagt zu	970 fl. — kr.

Tüchtige Handwerksleute werden eingeladen, von Kostenanschlag und Akkordsbedingungen im bauamtlichen Bureau zu Mühlacker Einsicht zu nehmen und Offerte, in Prozenten der Kostenanschlagspreise ausgedrückt, der unterzeichneten Stelle schriftlich, versiegelt und mit der Aufschrift „Angebot auf Bauarb. für die Gasbeleuchtungs-Einrichtung zu Mühlacker" versehen, bis längstens den 1. August, Morgens 8 Uhr, zu übergeben. Zu derselben Stunde findet auf dem bauamtlichen Bureau zu Bruchsal die Eröffnung der eingelaufenen Offerte statt, welcher die Submittenten anwohnen können.

Bruchsal, den 21. Juli 1864.
K. Betriebsbauamt.
C. Bracher.

Z.i.661. Nr. 3778. Oberkirch. (Liquiderkenntniß.) In Sachen J. B. Krumeich in Freiburg gegen Christian Hilf, Seifensieder in Oberkirch, wegen Forderung von 21 fl., nebst 6 Proz. Zinsen vom 1. April, herrührend aus Waarenkauf 1864.

Beschluß. 1) Wird, da der beklagte Theil dem bedingten Zahlungsbefehl vom 30. v. M., Nr. 3554, welcher ihm nach Beurkundung des Gerichtsboten am 2. d. M. zugestellt wurde, weder Folge geleistet, noch innerhalb der gesetzlichen Frist von acht Tagen die gerichtliche Verhandlung der Sache verlangt hat, nunmehr die eingeklagte Forderung, im Betrage von 21 fl., nebst Zinsen zu 6 Prozent vom 1. April 1864, für zugestanden erklärt, und dem beklagten Theile, unter Verfällung desselben in die Kosten, aufgegeben, diese Forderung binnen 14 Tagen bei Vermeidung der Hilfsvollstreckung zu bezahlen. Dieses Erkenntniß wird hierdurch dem beklagten Theile mit der Belehrung eröffnet, daß eine Wiederherstellung dagegen mit der Bitte um gerichtliche Verhandlung der Sache nur binnen acht Tagen, von der Zustellung an, stattfindet. Dem flüchtigen Beklagten wird zugleich aufgegeben, in öffentlicher Urkunde einen Einhändigungsgewalthaber dahier aufzustellen, ansonst weitere Verfügungen für ihn mit der Rechtswirkung der Zustellung nur an die Gerichtstafel angeschlagen würden.

Oberkirch, den 12. Juli 1864. Großh. bad. Amtsgericht. Bohm.

Z.i.692. Nr. 10,508. Waldshut. (Diebstahl und Fahndung.) Aus einem Privathause in Bechtersbohl wurden am Nachmittag des 15. Juli d. J.

1) ein neuer schwarzbrauner Tuchrock mit schwarzen Tuchknöpfen, der Leib mit blauem Kanevas, die Schöße mit schwarzem Orleans gefüttert;
2) ein Paar schwarze Buckskinhosen mit schwarzhornenen Knöpfen und schwarzbraunem Kanevasfutter;
3) eine schwarzseidene Weste mit blauen Blumen, der Rücken innen mit gelbem, außen mit schwarzem Futter gefüttert, und
4) zwei seidene Halstücher, wovon das eine geblümt, das andere schwarz und mit Franzen versehen,

durch Erbrechen von Kästen entwendet.

Verdacht ruht auf dem Holzwaarenhändler Beda Schmidle von Happingen.

Wir bitten, auf diese Gegenstände zu fahnden und den Verdächtigen, falls er im Besitze eines oder mehrerer dieser Gegenstände betreten wird, zu verhaften und hieher einzuliefern, jedenfalls aber wolle über seinen gegenwärtigen Aufenthalt Nachricht gegeben werden.

Waldshut, den 19. Juli 1864.
Großh. bad. Amtsgericht.
v. Wänker.

Z.i.684. Adelsheim. (Fahndung.) Heinrich Knöß von Krumstadt im Großherzogthum Hessen hat zufolge Urtheils des großh. Hofgerichts des Unterrheinkreises vom 10. Mai l. J., Nr. 3004, eine wegen Betrugs gegen ihn erkannte Amtsgefängnißstrafe von 8 Wochen zu erstehen. Indem wir dessen Signalement beifügen, bitten wir um Fahndung auf denselben, und um dessen Vorführung im Falle der Betretung. Signalement: Alter, 42 Jahre; Größe, 6 Fuß; Haare, schwarzbraun; brauner Schnurr- und Backenbart; Nase, etwas gebogen; Zähne, vollständig. Besondere Kennzeichen: An der einen Hand eine Warze. Spricht geläufig und viel. Adelsheim, am 13. Juli 1864. Großh. bad. Amtsgericht. Rauch.

Z.i.683. Nr. 5852. Adelsheim. (Fahndung.) Karl Zipperlein von Unterkessach, welcher zufolge hofgerichtlichen Urtheils vom 30. v. M. wegen gemeinen erschwerten Diebstahls in eine Arbeitshausstrafe von anderthalb Jahren verfällt wurde, ist aus dem diesseitigen Amtsgefängnisse ausgebrochen.

Wir bitten um Fahndung auf denselben, und um dessen gefängliche Einlieferung im Falle des Betretens. Alter, 25 Jahre; Größe, 6'; Haare und Augenbrauen, braun; Augen, grau; Gesicht, länglich, gesund; geht etwas gebückt. Trägt braune Hosen mit einem gestickten Gurt um den Leib befestigt, schwarztuchenen, abgetragenen Rock, runde tuchene Kappe ohne Schild. Adelsheim, den 20. Juli 1864. Großh. bad. Amtsgericht. Rauch.

Z.m.191. Nr. 10,516. Freiburg. (Schuldenliquidation.) Der ledige Joseph Herrmann von Waldau beabsichtigt, nach Amerika zu reisen. Es wird deßhalb Tagfahrt auf

Mittwoch den 27. d. M.,
Vormittags 10 Uhr,

anberaumt, in welcher etwaige Ansprüche an denselben anzumelden wären, widrigenfalls ihm der Reisepaß verabfolgt würde.

Freiburg, den 20. Juli 1864.
Großh. bad. Landamt.
Hippmann.

Frankfurt, 21. Juli 1864.

Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	3½% Obligation.	94 P.
„	5% do. in holl. St.	— —	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	102 P.
„	5% do. 1852 i. Lst.	82¼ P.	„	4½% do.	102¼ P.
„	5% do. 1859 „ „	80½ P.	„	4% do.	99⅜ P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	91½ P.	„	3½% do.	92¾ P.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	84¼ P.	Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	99¾ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	68⅞ bez.	Brschw	3½% O. b. R. à 105	92½ G.
„	5% Met.-Obligat.	61½ G.	Lxbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	90⅜ G.
„	5% do. 1852 C. b. R.	61½ G.	„	4% do. à 105 kr. b. E.	89⅝ P.
„	4½% Met.-Oblig.	54⅜ G.	Frankf.	3½% Obligation.	95¾ G.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	106 P.	„	3% do.	92½ P.
„	4½% do.	102 P.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	86⅞ P.
„	4% do.	97¼ G.	Finnl.	4½% O. i. R. à 105	88⅝ P.
„	3½% Staatssch.	90 G.	Span.	3% inl. Schuld	— —
Bayern	4½% 1jährig	102¼ bG	„	2¼% Schuld	45⅛ G.
„	4½% ½jährig	102¼ G.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100½ P.
„	4% 1jährig	99½ G.	Italien	5% Rente Fr. à 28 kr.	68½ P.
„	4% ½jährig	100 P.	Schwd.	4½% Obligation.	93¾ G.
„	4% Ablös.-Rente	99¾ P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	93¾ G.
„	3½%	— —	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28	100 G.
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105 P.	„	4½% Bern. St.-O.	101½ P.
„	4% do.	102¾ G.	„	4% do.	— —
„	3½% do.	96 G.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	96½ P.
Baden	4% Obligation.	99⅞ G.	N.-Am.	6% St. i. D. r. 1881	46½ G.
„	3½% do. v. 1842	92¾ P.	„	6% do. r. 1882	45⅜ bez.
G.Hess.	5% Obligation.	102 P.	„	5% do. r. 1871	— —
„	4% do.	100¼ P.	„	5% do. r. 1874	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	134¼ G.
„ 250 fl. „ 1854	78 P.
„ 100 fl. Pr L 1858	130½ G.
„ 500 fl. v. 1860 6/7	85½ P.
„ 100 fl. v. 1864	95⅝ P.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9⅛ G.
Bad. 50-fl.-Loose	116 P.
„ 35-fl.-„	52⅜ P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	54⅞ P.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	133 G.
„ 25 fl. „ „ „	37½ P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36½ P.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	63 P.
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	32¾ G.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	35¾ P.
3% Bordeaux 100 Fr	84¼ P.
Ansb.-Gunzenh. L.	11¼ P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k. S.	99⅞ G.
Antwerpen	„	94⅛ G.
Augsb. 24 fl. 100	„	94 G.
Berlin	„	105⅛ B.
Bremen	„	96⅜ B.
Brüssel	„	94 G.
Cöln	„	105¼ B.
Hamburg	„	88⅝ G.
Leipzig	„	105⅛ B.
London	„	118⅞ B.
Maild. i. Fr. 200	„	94 G.
München	„	99¾ G.
Paris	„	94⅛ G.
„ 60 à 90 T.		— —
Wien	k. S.	102⅜ G.
Disconto		3½% G.

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3%	Frankfurter Bank	138 G.	4%	Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	— —
3%	Oesterr. Bank-Aktien	800 G.	3%	Oest. St.-Eisenb.-Prior.	50⅛ bez.
5%	„ Cred. A. i. O. W.	198½ bez.	3%	Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	50¾ P.
3%	Bayer. Bank à fl. 500	918 G.	5%	Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	76⅝ G.
4%	Darmst. B.-A. à fl. 250	221 bz. G.	5%	Elisabethbahn-Prior. 6/7	78⅝ G.
4%	Weimar. Bank-Aktien	96 G.	5%	do. neueste Emiss. 6/7	72¾ P.
4%	Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	98 G.	5%	Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	81¾ P.
4%	Luxemb. Bank-Aktien	105½ P.	5%	Galz. Carl Ldwb.-Pr O. 6/7	85¾ P.
	Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½%	Hess. Ldwigsb.-Prior.	101 P.
	Taunusbahn-Akt. à fl. 250	320 P.	5%	Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	93⅝ P.
3½%	Frankf. Han. Esnb.-A.	97⅝ P.	5%	„ „ 2. „ „	— —
5%	Oesterr. Staats-Esnb.-A.	— —	4½%	Ldwh.-Berb. Pr.-Obl.	102⅝ P.
5%	Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	111 P.	4%	„ „ „	98½ P.
5%	Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	— —	4½%	Rhein-Naheb. Pr.-O.	98⅜ P.
	Rhein-Nahe-Bahn	27⅞ G.	5%	Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
4%	Ldwh.-Berb. Eisenbahn	147½ bG	4%	Südd. Bnk.-A. 40% Einz.	246½ P.
4%	Neustadt-Dürkheimer	99 P.		Span. Cr. b. Pereire 90% „	— —
4½%	Pf. Max-Esb.-A. b. R.	106¾ P.	4½%	Bayer. Ostb. 50% „	111 P.
4½%	Bayer. Ostbahn-Aktien	111 G.	3%	Deutsch. Phönix 20% „	152¾ P.
4%	Hess. Ludwigsbahn	122¾ G.		Frkf. Rückvers.-G. 10% „	106 P.
	Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4%	Frkf. Provident. 20% „	90¼ P.
4½%	Frankf. Han. Prior.-O.	— —		Frkf. Hypothekenb. 25% „	— —

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 39	-40
Preuß. Frd'or.	„	9 56½	-57½
Holl. fl. 10 St.	„	9 49	-50
Rand-Ducat.	„	5 33	-34
20-Frankenst.	„	9 25	-26
Engl. Sover.	„	11 48	-52
Russ. Imper.	„	9 41	-43
Gold pr. Zpfd.	„	803	-808
5-Frank.-Thl.	„	—	—
Alte österr. 20r.	„	30 24	G.
Rand-20r.	„	30 12	G.
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52	15-45
Preuß. Cassch.	„	1 45	-45⅙
Doll. in Gold	„	2 26½	-27½

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)